

Editorial

Die „allseits gebildete sozialistische Persönlichkeit“ war oberstes Gebot der DDR-Bildungspolitik. Schule und Erziehung sollten so auf die Jugend einwirken, daß sich sozialistische Weltanschauung und Moral in ihren Köpfen verwurzeln. Dahinter stand das Kalkül: Wenn schon die Elterngeneration dem Aufbau des Staates reserviert gegenüberstand, so sollten die Kinder es besser ausfechten und die Linie der Partei um so kraftvoller umsetzen – ob in der Wissenschaft, in der Kultur oder in der Landesverteidigung. Daß die Ziele und Interessen des einzelnen identisch seien mit denen des Staates, war die Illusion. Doch was der Staatspartei gesetzmäßige Entwicklung schien, empfand die Jugend oft nur als Gängelband. Schließlich gehören Renitenz gegen die vorgefundene Welt und ihre Autoritäten zum Initiationsprozeß jeder nachwachsenden Generation. Seine eigene rebellische Jugend hatte manch betagter Genosse schon vergessen, der nun oben im eigenen Staat saß und mit strengen Vorgaben unbeirrt Staatsbildung betreiben ließ, selbst wenn die Fundamente des kühnen Überbaus bald Risse zeigten. Staatsbildung – in einem doppelten Sinn – ist der Schwerpunkt dieser Ausgabe.

Nun fielen die Angebote der SED nicht immer so aus, daß sie der Jugend nicht manchen Reiz geboten hätten. Segeln, Tauchen und Fallschirmspringen – was die Gesellschaft für Sport und Technik (GST) offerierte, war insbesondere für Jungs verlockend. Allerdings haben viele bald durchschaut, was die ideologische Glocke geläutet hatte, wie Ringo Wagner in seinem Beitrag schreibt. Denn obgleich die GST bald in Schulen, Berufsschulen und Hochschulen strebte, als „Schule der Soldaten von morgen“ blieb sie stets hinter den Erwartungen der Partei zurück.

Überhaupt – die Erwartungen. War es 1968 an den DDR-Universitäten nicht ruhig? Sangen die Studenten nicht fröhliche Lieder, wie Walter Ulbricht kundtat? Der Parteichef hat vielleicht selbst an seine Analyse vom Sommer '68 geglaubt, während sich unter dem Eindruck der Ereignisse in der ČSSR Studenten schon mit „bürgerlichen Ideologien“ beschäftigten, wie es Stefan Wolle in seinem Beitrag schildert. Die Unruhe an den Hochschulen war auch Ulbricht bekannt. Um so stärker wurden nach der Niederschlagung des Prager Frühlings die Selbstdenker unter den Studenten in die Mangel genommen. Mit Versammlungen, Disziplinierungen und Exmatrikulationen wurde Widerstand gebrochen. Es war nach dieser Gängelung und Überwachung kein Zufall, daß die Universitäten im Herbst 1989 nicht zu den Zentren des Aufbruchs gehörten.

War es angesichts der ideologischen Vorgaben und kaderpolitischen Auslese nicht klüger, gleich jenseits der Grenzen zu studieren? Es gab in Berlin nicht nur die Humboldt-Universität. Die 1948 gegründete Freie Universität war eine Fluchtburg für Studenten, die in der DDR keine Zulassung zum Studium erhielten. Nicht nur der später berühmte DDR-Bürger Rudi Dutschke wich nach Berlin-Dahlem aus, weil er in der DDR nicht studieren durfte. An der FU kam kurz vor dem Mauerbau jeder fünfte Student aus der „Zone“, wie es damals hieß. Das änderte sich mit dem 13. August 1961. Konsequenzen hatte das auch für die FU. Welche, zeigt Siegwald Lönnendonker in seinem Beitrag.

Wie es in der DDR weiterging, zeigt das Beispiel der Hochschule für Ökonomie (HfÖ) in Berlin-Karlshorst. Daß sich die Defizite im „antifaschistischen Weltbild“ der Studenten nicht nur am Alkoholkonsum festmachten, beschreibt Steffen Alischs zweiter Teil über die HfÖ. Doch auch nach Karlshorst sickerte der Geist der Zeit durch. Als dort 1988 über *joint ventures* mit dem Westen nachgedacht wurde, währte der Außen-

handelsminister zwar noch Gesetzesbruch, ein gutes Jahr später zogen DDR-Ökonomen den Begriff als letzte Zauberformel zur Rettung der Planwirtschaft aus dem Hut.

Nicht nur Wissenschaft und Wirtschaft, auch die schönen Künste hatten der Partei zu dienen. „Ein sozialistischer Schauspieler muß bewußter Staatsbürger und Künstler zugleich sein“, forderte der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Treptow bei einem Besuch der damaligen staatlichen Schauspielschule, der späteren Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“. Es liegt wohl in der Natur der Sache, daß diese Schule nie ein mustergültiger Ort für linientreue „Kulturschaffende“ wurde. Schauspieler, Regisseure und Puppenspieler träumen von der Kunst und den Brettern, die die Welt bedeuten, und nicht vom Sozialismus – was auch die lange Liste der Absolventen der Berliner Schauspielschule belegt, die früher oder später ihr Glück im Westen machten. Die heutige Leitung der Schule ist bemüht, die Erinnerung an das SED-Erbe in einen größeren Rahmen zu betten. Kreativ und wortgewaltig sind sie, das muß man ihnen lassen, wenn es um den selektiven Umgang mit dem Erbe geht. Schmallippig und wortlos jedoch, wenn es um die SED- und Stasiarbeit im Hause „Busch“ geht, über die Jochen Stadt einen ersten Überblick versucht.

Nicht nur die Mimen, auch die Poeten sollten dem Wahren, Schönen und Guten im Sozialismus dienen. Lyriker mögen als eine randständige Gruppe gelten. Doch nicht erst seit Jürgen Fuchs, Reiner Kunze und Lutz Rathenow interessierten sich SED und MfS für Verse. Damit diese nicht nur im stillen Kämmerlein entstanden, lud die FDJ junge Dichter alljährlich zum Poetenseminar nach Schwerin. Wie sehr die vermeintlichen Dichterfreunde in Wirklichkeit als Poetenpolizei agierten, beschreibt Axel Reitel.

Das Editorial der letzten ZdF-Ausgabe enthielt, was den Archivaufenthalt des ehemaligen Staatsanwalts Carlos Foth betrifft, falsche Angaben. Foth befaßte sich nicht vor, sondern nach dem Verschwinden von Beweismaterial im Berliner Landesarchiv mit den Überlieferungen zur „Köpenicker Blutwoche“. Foths Gegendarstellung, die wir nach Berliner Presserecht zu veröffentlichen haben, trifft an diesem Punkt zu, zu seinen anderen Erklärungen dürfen wir erst in der nächsten ZdF-Ausgabe Stellung beziehen.

Lange Zeit galt AIDS in der DDR als „Westkrankheit“. Grund genug, daß sich die Staats- und Parteiführung nicht sonderlich damit befaßte. Das änderte sich, als der Ost-Berliner Professor Jakob Segal mit seiner These aufhorchen ließ, der AIDS-Erreger sei „im Biowaffen-Institut der US-Imperialisten in Fort Detrick“ konstruiert worden. Segal blieb zwar die Beweise schuldig, wie Erhard Geißler nachweist, die Story ließ sich aber gut im Westen und der Dritten Welt verwerten. So gut, daß der libysche Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi noch 2001 behauptete, AIDS stamme aus den Laboren der CIA.

1984, mitten im „Friedenskampf“ gegen US-amerikanische Pershing-II-Raketen, rief Erich Honecker die bundesdeutsche Friedensbewegung dazu auf, zu radikaleren Mitteln als Sitzblockaden zu greifen. Der Aufruf verhallte zwar, doch Honecker hatte seine Lehrjahre offenbar nicht vergessen – denn ob der revolutionäre Kampf friedlich oder bewaffnet verläuft, war nicht eine Frage der Strategie, sondern der Taktik. Michael Ploetz befaßt sich mit Verbindungen und Bezügen der KPdSU und der SED zu „kämpfenden Einheiten“ der RAF, den Roten Brigaden und der Action Directe.

Was von der DDR noch in den Köpfen heutiger Schüler hängengeblieben ist, haben Monika Deutz-Schroeder und Klaus Schroeder untersucht. Erstaunliches ist dabei herausgekommen, was heutigen Bildungs- und Schulpolitikern zu denken geben müßte, damit der Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur kein Leerstück für den Nachwuchs bleibt.

i.A. Thomas Gerlach und Jochen Stadt